

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenburg  
M. 1.50. Durch die Post  
im Orts- und Oberamts-  
bezirk, sowie im sonst.  
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-  
beleggeb. Preise freibl.  
Preis einer Nummer  
10 J.

In Fällen höh. Gehalt  
besteht kein Anspruch auf  
Ersetzung der Zeitung od.  
auf Rückerstattung des  
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle  
Poststellen, sowie Agen-  
turen u. Auslägerstellen  
jederzeit entgegen.

Verlagspreis Nr. 4.  
Herausgeber: Dr. H.  
D. W. Speckelmann

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile  
über breiten Raum 25 J.,  
Reklam-Zeile 80 J.,  
Kollekt-Anzeigen 100  
Proz. Zuschlag. Offerte  
und Zusendungstermin  
20 J. Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der  
im Falle des Mahner-  
jahres hinfallig wird,  
ebenso wenn Zahlung  
nicht innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Tarifände-  
rungen treten sofort alle  
früh. Vereinbarungen  
außer Kraft.  
Vertragsort für beide  
Teile: Neuenburg.  
Für tel. Auftr. wird keine  
Gewehr übernommen.

Nr. 81. Montag den 7. April 1930. 88. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin, 5. April.** Der Reichspräsident empfing heute den Präsidenten des Reichsanwaltschafts, Dr. Lütber.

### Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

**Stuttgart, 5. April.** In einem Erlass des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums über die Bekämpfung der Schwarzarbeit wird angeordnet: Die Klagen über die zunehmende Ausbreitung der Schwarzarbeit (nicht angemeldeten gewerblichen Nebenarbeit) lassen nicht nach. Mit Recht weicht sich das Gerichte, den steuerlichen Verpflichtungen genügende Gewerbe, insbesondere das Handwerk, gegen die schwere Schädigung, die ihm durch den mit ungleichen und geizhalsigen Mitteln geführten Wettbewerb der Schwarzarbeiter fortwährend bereitet wurde. Auch die Arbeitnehmer haben ein berechtigtes Interesse daran, daß nicht durch die von Einzelnen in der Freizeit empfindlich geleitete Nebenarbeit die Wohlstand, die der Arbeiterschaft durch die Begrenzung der Arbeitszeit gegeben sind, durchkreuzt und wirkungslos gemacht werden. Es liegt daher im öffentlichen Interesse und ist eine wichtige Aufgabe der Polizei- und Steuerbehörden, daß diesem Mißstand mit allen zur Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten wird. Mit Erlass vom 8. Dezember 1928 sind die in Betracht kommenden Behörden bereits angewiesen worden, die ihnen bekannt werdenden Fälle von Schwarzarbeit sorgfältig darauf zu prüfen, ob nicht Merkmale anscheinendiger gewerbmäßiger Nebenarbeit vorliegen, und, sofern begründeter Verdacht der Verletzung der Anzeigepflicht besteht, die strafrechtliche Verfolgung einzuleiten, sowie dafür Sorge zu tragen, daß die Unternehmer solcher Nebenberufe ihren steuerlichen Verpflichtungen nachkommen. Diese Befugnis wird den Behörden hiemit erneut eingeschärft. Es mag sein, daß das behördliche Vorgehen bis jetzt deshalb zu keinem erheblichen Erfolg geführt hat, weil die beteiligten örtlichen Polizei- und Steuerbehörden vielfach auf die Schwarzarbeitbetriebe nicht aufmerksam wurden. Es ist daher unerlässlich, daß sich die Maßnahmen nicht auf die Verfolgung und Ahndung der den Behörden bekannt gewordenen Fälle der Verletzung der Anzeigepflicht beschränken, sondern sich auch auf die möglichst lückenlose Aufspürung der Schwarzarbeitbetriebe erstrecken. Dazu empfiehlt sich, insbesondere für die Ortspolizei- und Gemeindefeuerbeamten, eine fortgesetzte enge Fühlungnahme und ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit den beteiligten örtlichen Gewerbebetrieben, denen die Schwarzarbeitbetriebe am ehesten bekannt sind, und die wertlos in der Lage sind, den Behörden das Material an die Hand zu geben, auf dessen Grundlage ein behördliches Einschreiten möglich ist. Die Behörden werden — zugleich im Verfolg eines entsprechenden Beschlusses des Landtags — ersucht, einen solchen Ausbau ihrer Maßnahmen möglichst bald einzuleiten und der wirksamen Bekämpfung der Schwarzarbeit auf dieser Grundlage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein entsprechendes Ersuchen ist gleichzeitig an die beteiligten Berufsvertretungen und Verbände ergangen. Die Gemeindefeuerbehörden werden noch besonders ersucht, dem zuständigen Finanzamt von allen Fällen der Unterlassung oder Verhütung der steuerlichen Anmeldung von gewerblichen Nebenbetrieben unumschlichtlich Kenntnis zu geben.

### Beileidetelegramme zum Tode der Königin von Schweden.

**Karlsruhe, 5. April.** Namens der badischen Regierung hat Staatspräsident Dr. Schmidt an König Gustav von Schweden nach Rom ein Telegramm geschickt, in dem er namens der Staatsregierung die aufrichtige Teilnahme an dem Ableben der Königin von Schweden zum Ausdruck bringt. Das Andenken an Königin Viktoria, Prinzessin von Baden, wird, so heißt es in dem Telegramm, im Lande allzeit ein geliebtes bleiben.

### Berlin, 5. April.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König von Schweden in herzlichen Worten telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen. Ferner hat am heutigen Vormittag Staatssekretär Dr. Meißner auf der schwedischen Gesandtschaft vorgeschrieben, um dem Gesandten das Beileid des Herrn Reichspräsidenten zu übermitteln.

### Korläufig kein Bruch.

**Worms, 5. April.** Das führende Kabinett beschäftigt sich am Freitag nachmittag mit der Spannung zwischen Volkspartei und Nationalsozialisten. Letztere erklären, daß sie durch das Verhalten der Volkspartei ihre Handlungsfreiheit zurückgewonnen hätten. Man einigte sich trotzdem dahin, die allgemeinen sachlichen Beratungen fortzusetzen. Hieraus kann man schließen, daß die Parteien vor Beginn der Beratung des Haushaltsplans, der am Dienstag dem Landtag vorgelegt wird, nicht zu einem Bruch der Koalition kommen lassen wollen.

### Bavrische Krisengerüchte.

**Berlin, 5. April.** Für die zweite Lesung der Steuervorlage, die am Mittwoch im Reichstag beginnt, ist eine zweitägige Debatte vorgesehen. Am kommenden Montag will also am Samstag erfolgen. Am kommenden Montag will sich das Kabinett bereits mit den vom Reichsfinanzminister Schiele vorbereiteten Gesetzen für die Agrarhilfe beschäftigen. Die unüberwindlichen Schwierigkeiten, denen die Finanzgesetze im Steueranstoß und in den Verhandlungen mit den Sachverständigen der Regierungsparteien begegnen, haben zu allseits tendenziösen Gerüchten Anlaß gegeben. So wurde gestern im Reichstag behauptet, die Reichsregierung habe ein Ultimatum an die Parteien gerichtet, sie müßten bis zum Mittwoch über das Finanzprogramm entschieden haben, weil sonst der vom Kanzler angekündigte letzte Versuch als gescheitert angesehen werden müsse. Von einem solchen Ulti-

tiven Vorgehen der Regierung ist nicht die Rede. Allerdings mag der Kanzler seinen Dehl daraus, daß er die Debatte vorläge wie das ja in der Regierungserklärung hinreichend deutlich angekündigt worden ist, schlieglich verwirklichen wolle. Wie zur Debatte vorläge verhandelt, hat die Wirtschaftspartei vorgeschlagen, die Umsatzsteuer in der Form gestaffelt heraufzusetzen, daß bis zu einer Million Mark jährlichen Umsatzes eine Umsatzsteuer von 80 vom Hundert zu zahlen sei, während für darüber hinausgehende Umsätze eine weitere Staffelung auf 85 oder 90 vom Hundert einzuführen seien. Dieser Vorschlag ist jedoch auf gewisse grundsätzliche Bedenken innerhalb der Reichsregierung gestoßen, da sich eine derartige Staffelung nicht nur gegen die Warenhäuser, die davon in erster Linie betroffen werden sollten, richtet, sondern auch gegen viele Kreise des Einzelhandels. Unter diesen Umständen erschien der Reichsregierung offenbar die Deraufhebung der Biersteuer um 75 vom Hundert als das kleinere Übel.

## Ausland.

**Brüssel, 5. April.** Der belgische Senat hat gestern nachmittag das Haager Abkommen ratifiziert. Gegen die Ratifikation sprach vor allem der katholische Senator von Carlerol, de Dorlodot, während die Minister Dumanos und Jaspar in längeren Ausführungen die Vorzüge des Neuen Planes demonstrierten.

**Paris, 5. April.** Der Berichterstatter des Finanzausschusses des französischen Senats empfiehlt aus finanziellen und allgemeinpolitischen Gründen nachdrücklich die einstimmige Annahme des Neuen Planes.

**London, 5. April.** Gandhi erklärte einem englischen Korrespondenten, daß er durchaus auf seine Verhaftung gefaßt sei. Die Bewegung würde trotzdem weitergehen.

### Sie haben genug!

**Konow, 5. April.** Wie aus Moskau gemeldet wird, haben 30 000 Arbeiter, die in den Gebieten von Archangel und Jalta in den russischen Holzkoncessionen beschäftigt waren, die Arbeit niedergelassen und versuchen, das russische Staatsgebiet zu verlassen. Da hierdurch die Ausfuhr des russischen Holzes nach den Weltmärkten gefährdet würde, hat die Sowjetregierung beschloffen, in diesen Gebieten die Arbeiterschaft einzuführen und so die Arbeiter zu zwingen, dort zu bleiben. Die Regierung glaubt, die Holzkonfiskation dadurch aufrechtzuerhalten zu können. Als Grund für die Raufenläut der Arbeiter nimmt man die schweren Lebensbedingungen in diesen Gebieten an, die durch die Knappheit der Nahrungsmittel infolge Einführung der Lebensmittelkarten noch verschärft wurden.

### Die Kaiserin von Aethiopien ermoedet?

**Rom, 5. April.** Wie die Agenzia Stefani aus Addis Abeba berichtet, hat der plötzliche Tod der Kaiserin Judith von Aethiopien aufsehenerregende Ursachen. Anhänger der Kaiserin, die bekanntlich vor etwa anderthalb Jahren dem Negus Tafari die Herrschaft abtraten, unter Führung des ehemaligen Gemahls der Kaiserin des Negus Gugsa Olie haben verhaftet, einen Kuffand anzugreifen der Kaiserin anzuweisen. Das Gugsa soll mit 10 000 Mann am 11. März den Versuch gemacht haben, die Armer des Negus Tafari bei einem Orte namens Jabit zu überfallen. In der Schlacht, die sich entwickelte, wurde jedoch der Negus Gugsa an der Spitze seiner Truppen getötet und seine Anhänger verdrängt. Die Anführer sollen viele Hunderte von Toten verloren haben. Auf die Nachricht von dem gewaltsamen Tode des Negus Gugsa ist die Kaiserin Judith am „Herzschlag“ gestorben. Das würde also nach der Tradition des Landes heißen, daß die Kaiserin keines natürlichen Todes gestorben ist.

### Der Pariser Polizeipräsident über die Entführung Kutjepoffs.

**Paris, 4. April.** Im Pariser Gemeinderat richtete ein rechtsstehendes Gemeinderatsmitglied an den Polizeipräsidenten eine Anfrage wegen des Verschwindens des Generals Kutjepoff. Der Polizeipräsident erwiderte, General Kutjepoff habe im vergangenen Jahr die Polizei um Schutz angeht, als dann aber darauf verzichtet. Nach seiner Entführung wandte sich seine Familie aufs neue an die Polizei. Diese hat sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. In vier Tagen fand die Polizei keine Spur, erst am fünften Tage gab ein Kranienwärter eine wichtige Erklärung ab. Darauf wurden in Paris, in der Provinz und auch in Berlin die Nachforschungen mit größtem Nachdruck betrieben. Sie wurden außerordentlich erschwert durch den in russischen Kreisen herrschenden Zwiespalt. Regt ist der Polizei die Verlässlichkeit, von der General Kutjepoff aus aufs Schief gebracht wurde, bekannt, aber nichts über die Täter. Der internationale Charakter der Angelegenheit macht sie außerordentlich heikel und schwierig. Seit drei Jahren hat die Polizei Agenten geschickt, die aus Russland gekommen sind, um Propaganda zu treiben und zu finanzieren, aber die Tätigkeit der Polizei kann nur in beschränktem Maße greifen. Sie läßt es sich angelegen sein, immer mehr die verdächtigen Ausländer und auch bedrohte Personen zu überwachen. Seit einiger Zeit werden die bei ihrer Ankunft im Register eingetragenen Ausländer in den Hotels und in möblierten Wohnungen aufgeführt. Diese Maßnahme bezweckt, die Ausländer zu überwachen, aber auch, die ausländischen Ausländer zu schützen.

### Nordanschlag auf den Garnisonskommandeur von Reval.

**Reval, 4. April.** Auf den Garnisonskommandeur General Unt wurde am Donnerstagabend vor seinem Hause ein Nordanschlag verübt. Ein Unbekannter schloß den General mehrere Male in den Rücken. Der General liegt mit schweren Wunden und Rückenverletzungen im Sterben. Da er keine persönlichen Feinde hatte, nimmt die Staatsanwaltschaft an, daß

es sich um einen kommunistischen Nordanschlag handelt. Unt hat vielfach kommunistische Antriebe mit harter Energie unterdrückt. Der Täter ist entkommen. Im Entstand ereignete der Anschlag allgemein große Empörung. In dem Anschlag auf General Unt wird noch ergänzend gemeldet, daß vor etwa 4 Tagen diese höhere Militärs vor kommunistischen Anschlüssen amtlich gewarnt wurden. In diesem Zusammenhang gewinnt die eben bekanntgemachte Nachricht über die Aufdeckung einer großangelegten Spionageorganisation im Revaler Kriegsministerium an Bedeutung. Innerhalb des Ministeriums soll eine Reihe von Verhaftungen bereits vorgenommen worden sein. Amtlich wird bekanntgegeben, daß ein verhafteter Beamter des Kriegsministeriums sich durch Erhängen des Lebens genommen hat.

## Aus Stadt und Bezirk.

**Neuenburg, 6. April.** Die gestrige Generalversammlung der Gewerbebank in der „Eintracht“ wies guten Besuch, namentlich auch seitens der auswärtigen Mitglieder auf. Nach kurzem Willkommensgedächte Direktor Martin Lutz der Toten des letzten Jahres, darunter auch des verstorbenen Aufsichtsratsmitglieds Frommer, deren Andenken in üblicher Weise gelehrt wurde. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, von welchen man bei der letzten Generalversammlung sprach, seien in diesem Jahre noch größer geworden, doch könne man mit Bemühen sagen, daß die Bank gut über die Schwierigkeiten hinwegkomme und den gestellten Anforderungen der Mitglieder wegen Kreditbedürfnis gerecht werden konnte. Wie im letzten Geschäftsjahre könne auch heuer das Geschäftsergebnis als gut bezeichnet werden. Bankvorstand Rothberger wies einleitend in seinem Geschäftsbericht darauf hin, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein Notjahr des deutschen Volkes war, ein Niedergang der deutschen Wirtschaft, gekennzeichnet durch den Rückgang der Aktienkurse. Die Zinsen der Reichs- und Kontofürs sind gegenüber 1929 beängstigend gestiegen, eine Tatsache, die unsere Politiker veranlassen sollte, andere Wege zu beschreiten, ehe es zu spät ist. Das Bankgewerbe im Bezirk, wie der gesamte Gewerbe- und Handelsstand sind in misslicher Lage. Ein Vorkäufel ist die Senkung des Reichsbankzinses von 7% auf 5 Prozent. Das Jahr 1929 stand unter einem ungünstigen Stern, umso erschwerlicher ist es für die Bank, ein Ergebnis vorlegen zu können, das als befriedigend angesehen werden kann. Der Reingewinn beträgt M. 16 844,58. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen folgende Verteilung vor: 8 Prozent Dividende bzw. Stückzinsen — M. 1331,88, Zuweisung an den Reservefond M. 1000.—, Zuweisung an den Aufwandsfond M. 200.—, Vortrag auf neue Rechnung M. 1402,70. Die Sparanlagen nahmen um 5 000 Mark zu, das Guthaben der Gläubiger ermäßigte sich um 2000 Mark, die Bank hat 10 000 Mark weniger zu fordern; in diesen Punkten liegt die Ursache einer ansehnlichen Zinsersparnis. Vorstand und Aufsichtsrat entschlossen den Kreditansprüchen im Rahmen der vorhandenen Mittel. Der Kauf, Auflegung allen verfügbaren Geldes bei der Bank, sei immer wieder zu erbeden, je größer die Anteilnahme der Mitglieder an dem Unternehmen, umso mehr werde der Auspost der Verwaltung erhöht. Die Verwaltung ist von dem Willen jeder Aufwärtsbewegung befehle, in diesem Sinne bitte sie, ihr volles Vertrauen entgegenzubringen, damit Vorstand in Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrat die Bank zu neuen Erfolgen führen können. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberamtsverwalter K. Kähler, gab bekannt, daß der Aufsichtsrat mit dem Geschäftsbericht und Rechnungsabfahh in seiner letzten Sitzung eingehend befaßt, die Verhältnisse der Bank geprüft und alles in Uebereinstimmung gefunden habe. Das Ergebnis sei als ein gutes zu bezeichnen; hervorzubeden sei, daß trotz aller Schwierigkeiten die Bank keine Verluste erlitten habe. Man dürfe der Verwaltung volles Vertrauen entgegenbringen. Das Privatkapital kann nicht mehr arbeiten, wenn es schon vorher weiß, daß ein Gewinn nicht erzielt werden kann, wegen hoher Steuern und sonstiger öffentlicher Abgaben; dringend wünschenswert sei, daß hier bald eine Besserung eintrete. Der Redner schloß sich dem gemachten Vorschlag über die Verteilung des Reingewinns an; die Versammlung genehmigte die Bilanz und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, ebenso die Verteilung des Reingewinns nach den gemachten Vorschlägen. Die sachungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder K. Kähler und G. Schmidt, sowie das als Ersatz für das verordnete Aufsichtsratsmitglied Frommer in Vorschlag gedachte Mitglied A. Wanner wurden in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit gewählt. Anträge und Wünsche lagen nicht vor, worauf Direktor Lutz die Versammlung mit Dankesworten für das bekundete Interesse schloß. Aufsichtsratsmitglied Gollmer dankte namens des Aufsichtsrats und der Versammlung den Vorstandsmittgliedern für ihre erfolgreiche Arbeit im letzten Geschäftsjahre; er gab seiner Freude Ausdruck, daß die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder so ziemlich einheitlich vor sich ging, im besonderen sei von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Oberamtsverwalter Kähler, als sehr erfreulich zu sagen, daß dieser nunmehr seit 16 Jahren als Aufsichtsratsmitglied tätig sei; möge er auch fernhin seine große Kenntnis und Erfahrung der Bank zur Verfügung stellen.

(Wetterbericht) Trübsinnig zeigt, daß der nordische Hochdruck wieder mehr zur Geltung kommt. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig aufheiterndes, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Δ Herrmann, 6. April. Ausstellung der Gewerbeschule. Die diesjährige Ausstellung der Arbeiten der Gewerbeschule eröffnete der Schulkonvent Oberlehrer Brechmayer mit Begrüßungs- und Dankesworten an die

uch  
ftung  
se  
asse  
ade  
BREMEN  
ferdienst nach  
DA  
erer  
u. Fahrpreise  
BREMEN  
Vertretungen  
ktstr. 146.  
ZGER-  
TRASSE  
st  
aus  
axis  
eiltliche, natur-  
der nebst Klein-  
Pforzheim.  
amstag keine  
nach Möglichen  
ngen und  
benötigten  
s= und  
buch mit  
er. Bier-  
Eingangs-  
ter), ferner  
amtspflege,  
gen usw.  
D. Strom  
ossenschaft  
Stuttgart.  
Verfügung.











zur Bedingung, daß an die Frage der Verbesserung der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung herangegangen würde, die nach seiner Ansicht nicht richtig aufgefaßt sei. Er sei sich mit dem Reichsarbeitsminister Stögerwald darüber einig, daß das ganze Gebiet der Sozialversicherung verbessert werden müsse, um auch dort Ersparnisse herauszubekommen. Die Sozialversicherung soll jedoch nicht abgebaut, sondern nur rationalisiert und ihr Wirkungsradius dadurch gehoben werden. An die Regelung dieser Fragen müsse noch in der Sommertagung des Reichstags herangegangen werden. Er sei sich darüber klar, daß der Kampf um die Ausgabenreduzierung ein sehr heftiger sein werde. Trotz alledem bleibe ein Fehlbetrag von rund 300 Millionen Reichsmark übrig. Eine Deckung dieses Fehlbetrags sei ohne Biersteuererhöhung nicht denkbar, wenn man nicht den ganz gefährlichen Weg gehen wolle, die Umsatzsteuer stark zu erhöhen, denn mit einer Erhöhung auf 1 vom Hundert könne bei weitem nicht der Fehlbetrag, sondern höchstens 100 Millionen Reichsmark gedeckt werden. Er habe gestern im Steueranschuß erklärt, wenn die neuen Steuern in Höhe von 300 Millionen Reichsmark bewilligt würden, und zwar bis vor Ostern, dann könne er auch die Garantie dafür übernehmen, daß wir nicht nur die nächsten Monate, sondern das ganze Jahr über die Kassenbewirtschaftung hinwegkommen und daß in dieser Richtung keine Belästigung mehr gehend zu werden brauchten. Wenn man die Dinge so wie bisher weiter laufen lasse und wenn übertriebene Ansprüche an den Etat erhoben würden, so würde er von seinem Boden zurücktreten und dem deutschen Volk Rechenschaft geben. Wir müßten über die Schwierigkeiten des Jahres 1930 zur Entlastung der Wirtschaft und zur weiteren Senkung der Real-, Grundvermögens-, Gewerbe- und Einkommensteuer hinwegkommen. Eine wichtige Bedingung hierfür sei die Beilegung des Baumarktes. Ohne Bewilligung der neuen Steuern sei die Durchführung des Agrarprogramms unmöglich. Die Regierung werde an den Reichstag appellieren, ob er den Mut habe, einer Regierung die Befolgung zu verweigern, die die Finanzen sanieren und der Landwirtschaft helfen wolle. Die Regierung sei entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel zu gebrauchen, um ihren Willen durchzusetzen. Die Entscheidung müsse schon in den nächsten Tagen fallen. Sollte jedoch engere politische Vorbedingungen dazu führen, daß man nicht zur Einigung gelange, dann werde die Reichsregierung auch ohne den Reichstag weiter regieren und an das deutsche Volk appellieren.

**Die Biersteuer als Streitobjekt.**  
 Berlin, 6. April. Im Steueranschuß des Reichstags hat der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, obwohl ein Mitglied dieser Partei, Schägel, dem Kabinett angehört, eine wilde Oppositionsrede gehalten und dem Kernstück des Finanzprogramms, der Biersteuer, Kampf bis aufs Messer angelegt. Auch die Wirtschaftspartei hat sich gegen die Biersteuer aus-

gesprochen und beharrt darauf, daß ihren Sonderwünschen nach einer Barenhaussteuer und einer Einbegleichung der Umsatzsteuer Rechnung getragen werde. Dieser Verkauf der Ausschüßdebatte gibt einigen Blättern erneut Anlaß zu tief pessimistischen Betrachtungen und die eben erst bestrittene Auflösungsgefahr wird abermals an die Wand gemalt. Praktisch stehen hinter dem Regierungsprogramm tatsächlich im Augenblick nur die Deutsche Volkspartei, die nebenbei starke Bedenken wegen der Arbeitslosenversicherung hegt, das Zentrum und die Demokraten. Wir möchten, so schwierig die Situation erscheint, indes immer noch annehmen, daß die Regierung, wenn sie unbedeutend und energisch an ihren Beschlüssen festhält, allen Widerständen zum Trotz sich schließlich doch durchsetzen wird. Da die Finanzsache vor dem Agrarprogramm zur Abstimmung kommen, so darf das Kabinett auf die Unterstützung eines Teiles der Deutschnationalen rechnen, nämlich der Abgeordneten, die die Maßnahmen für die Landwirtschaft vorzuziehen sehen wollen.

**Reichstagsantrag über die Regierungsbildung**  
 Berlin, 6. April. Auf dem Reichstagsantrag der deutschen Zentrumspartei gab Reichstagspräsident Brüning in einer groß angelegten Rede noch einmal einen Überblick über die vorangegangene Entwicklung. Anknüpfend an seine Rede auf dem Parteitag der rheinischen Zentrumspartei in Köln betonte er, daß er, obwohl er bereits damals auf alle Schwierigkeiten hingewiesen habe, denselben Innenpolitik entgegengehen würde, bis zum letzten Augenblick, bis zur letzten Sekunde alle Kraft daran gesetzt habe, um die politische Krise zu vermeiden. Darauf sei von Anfang an der Vorstoß des Zentrums über das Junktim zwischen Youngplan und Finanzproblem gerichtet gewesen. Und wenn man heute dem Zentrum den Vorwurf mache, daß es schuld an der Krise sei, so möchte er in diesem Augenblick darauf aufmerksam machen, wie lange es gedauert habe, bis die anderen Parteien sich über die Befürchtungen des Zentrums wegen der Dauer der Regierungskoalition klar geworden waren, wie ernst es dem Zentrum bei seinem Vorstoß war und welche Bedeutung dieser Vorstoß gehabt habe. Nein, ganzes Bestreben war, von dem Augenblick an, in dem ich die Führung der Fraktion übernommen hatte, die Große Koalition bis an das normale Ende des Reichstags zu halten. Übergehend zu der Bildung seines Kabinetts wiederholte Dr. Brüning gegenüber der sozialdemokratischen Kritik jene Stelle seiner Kölner Rede, in der es heißt: Je unfruchtbarer das Parlament wird, je unetlicher die Parteien werden, desto stärker wird automatisch die Stellung des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident halte sich streng an die Verfassung, aber die gebe ihm Mittel, die angewendet werden könnten, wenn das Parlament versagt. Unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung, die schließlich zum Sturz der alten Regierung führten, erklärte Dr. Brüning: Die Krise ist gekommen durch eine gewisse

Konstitutionsmüdigkeit; sie ist gekommen, weil bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer und immer wieder nur die außenpolitische Situation mäßig die Klammern schuf. Seit dem Jahre 1926 konnten wir voraussehen, daß 1929 oder 1930 der Reiminationspunkt unserer finanzpolitischen Schwierigkeiten kommen würde. Wenn der Neue Plan von allen in Frage kommenden Mächten, wie wir hoffen, angenommen und in kurzer Zeit ratifiziert sein wird, dann kommt doch zuerst das große Problem der internationalen Anleihe. Wlaubt man denn, in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz oder in Holland diese Summe von 1,2 Milliarden unterbringen zu können, wenn in Deutschland Finanz- und Wirtschaft nicht in Ordnung sind? Und von dieser Anleihe sind doch wiederum die weitere Entwicklung des Weltmarkts und der Wirtschaftslage unbedingt und entscheidend abhängig.

**3 Milliarden Steuerermäßigungen in Frankreich.**  
 Paris, 6. April. Ministerpräsident Lardieu hielt heute mit dem Finanzminister, mit dem Budgetminister, mit dem Unterstaatssekretär für Nationalwirtschaft und dem Gouverneur der Bank von Frankreich eine Besprechung ab, in deren Verlauf die Grundzüge eines neuen Steuerermäßigungsprogramms, das die Regierung sofort nach Verabschiedung des Budgets in der Kammer einbringen will, festgelegt wurden. Es sind im ganzen neue Steuererleichterungen in Höhe von 1.500.000.000 vorgesehen, was mit den bereits beschlossenen Steuererleichterungen insgesamt mehr als 5 Milliarden ergibt.

**Sportliste.**  
 Fußball, Runde der Meister: F.C. Birmasens - F.C. Freiburg 5:1, Sp.S. Waldhof - S. f. A. Stuttgart 2:1, Bayern München - Sp.Sgg. Fürth 4:2, Borussia Worms - Eintracht Frankfurt 1:2.  
 Runde der Zweiten und Dritten: Abg. Silbott: Rhön-Markstraße - Karlsruher F.C. 0:3, 1. F.C. Nürnberg 1900 München 2:1, Union Wödingen - Jahn Regensburg 7:1 - Abt. Rothweil: Rotweiß Frankfurt - Phoenix Ludwigsbach 1:0, F.S.V. Frankfurt - S. f. A. Neu-Neudamm 3:0, Sportfreunde Saarbrücken - S. f. A. Neudamm 2:1, Sp.S. Wiesbaden - F.V. Saarbrücken 2:0.  
 Privatspiele: Stuttgarter Kickers - Ambrosiana Walsland 3:2, Kickers Reutlingen - Sp.S. Reutlingen 0:2, 1. F.C. Pforzheim - Borussia Reutlingen 1:2, Auswahlmannschaft von Süddeutschland gegen eine solche von Nürnberg-Fürth 5:4, Kreisliga: Kreis Eng-Nekar: Entscheidungsspiel um den Verbleib: F.V. Calw - F.C. Vöhenbronn nach Verlängerung 2:3.  
 A-Klasse: Der F.V. Neuenbürg besiegte auf eigenem Platz in einem schönen und interessanten Freundschaftsspiel den F.C. Engelsbrunn mit 4:1 Toren.

**Der Vierteljahrs-Ausweis**  
 über die Einnahmen und Ausgaben der Amtskörperschaft (Oberamtspflege) im Berichtszeitraum Januar-März des Rechnungsjahres 1929 ist bei der Oberamtspflege zur Einsicht aufgelegt.  
 Neuenbürg, den 4. April 1930.  
 Oberamt: L e m p p.

**Zwangs-Versteigerung.**  
 Am Dienstag den 8. April 1930, vormittags 10 Uhr, kommen in Neuenbürg öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:  
 Ein Trocken-Sterilisator;  
 ferner:  
 Ein Jagdgewehr, Fabrikat Semper & Kriehhof, ein Jagdgewehr.  
 Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg.  
 Hilbenbrand, Gerichtsvollzieher.

Neuenbürg, 7. April 1930.  
**Codes-Anzeige.**  
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frau Luise Haist, Witwe,**  
 geb. Scholl,  
 heute früh zu sich zu ruhen.  
 Um stille Teilnahme bitten:  
**Familie Hermann Haist,**  
**Sofie Haist,**  
**Martha Haist.**  
 Beerdigung: Mittwoch nachmittag 1/4 4 Uhr.

**Verkauf von landwirtschaftlichem Inventar.**  
 Am Samstag den 12. April, vormittags 9 Uhr, werden auf dem Pantlinsenhof bei Wildbad für Hans Heß öffentlich freihändig versteigert:  
 Hen und Dehnd, 2 Britschenwagen, 1 Heuwagen, 2 Mistwagen, 1 Berner-, 2 Zweiräder-Wagen, 1 Landauer, Schlitten, elektrische Melkanlage mit 2 P.S.-Motor, Futtermaschine, eis. Schweine-stalleinrichtung, 5 Koffhäuser mit Inhalt, 3 gew. Pferde- und 2 Chaisengeschirre, Sattel, Pferdebedecken, Gärbottich, Eisschrank, Butterrührfäß und sonstige Gegenstände.  
 Fleißhaber sind eingeladen. Auskunft erteilt Notar Doppel in Birkenfeld, Fernspr. Nr. 4950 Pforzheim.

**Hochzeits-Karten**  
 liefert rasch und preiswert  
 die C. Meeh'sche Buchdruckerei.



Sie sehen - ADLER lohnt! In Qualität und Preis  
 Getreu dem Adler-Grundsatz: „Durch Qualität zur Umsatzsteigerung, Durch Umsatzsteigerung zur Preissenkung!“  
 Sie haben Recht. Das Gute bricht sich immer Bahn!

**ADLER-FAVORIT 4995.**  
 Der König der Zweifertwagen. Die vierfüßige, sechsenzählige Limousine, 8/35 PS mit Oldruck-Vierradbremse, Zentral-Chassis-Schmierung usw.

**ADLER-STANDARD 6 6495.**  
 Der Wagen, der die Welt umkreiste. Dreier-Motor, 12/50 PS. Die vierfüßige, vier- bis fünfzählige Limousine, mit Oldruck-Vierradbremse, Zentral-Chassis-Schmierung usw.  
 Alle Preise ab Werk Frankfurt a. M.

**ADLERWERKE VORM. HEINRICH KLEYER A.-G. FRANKFURT AM MAIN**  
 für die Amtsbezirke Pforzheim, Calw, Neuenbürg, Maulbronn: **D. BARAL sr., Badstr. 12.**

Otto Merz  
 Mathilde Merz  
 geb. Schönthaler  
 gräßen als Vermählte  
 Neuenbürg, 5. April 1930.

Stadt Wildbad.  
 Neuenbürg.  
**Heu-Schenne**  
 gut erhalten, zu verkaufen.  
 Fieberstr. 282.  
 Salmbach.  
 Junge hochtrachtige  
**Fahr-Ruh**  
 hat zu verkaufen  
 Witwe Schöninger.

**Aug- u. Brennholz-Verkauf**  
 im mündlichen Ausschreib am Montag den 14. April 1930, vorm. 1/2 10 Uhr, in Wildbad im „Schwanen“ aus Stadtwald: Weiskern, Leonhardswald, Sommerberg und Böllert:  
 31 Am. Nugholz: Spälter 1, Papierholz 1: 4, II: 16, III: 9, Nugh-Scheller 1.  
 270 Am. Brennholz: Ei-Andrud 5, Nadelholz-Andrud 160, Prüg. II. 12, Reisprügel El.: 1, Nadelh.: 92.  
 Auszüge durch die Stadtspflege zu 25 Pfg.

Schömburg, den 5. April 1930.  
**Codes-Anzeige.**  
 Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute, treubeforgte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin u. Tante  
**Elisabeth Dorothea Pfommer,**  
 geb. Baier,  
 heute Sonntag morgen um 3 Uhr nach langem, schwerem Leiden im Alter von 65 Jahren uns entlassen wurde.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
 Der Gatte Jakob Pfommer,  
 Familie Wilhelm Reule,  
 Marie Pfommer,  
 Klara Pfommer,  
 Fritz Pfommer.  
 Beerdigung: Dienstag nachmittag um 1/2 4 Uhr.

**Gefangbücher**  
 in jeder Ausführung zu haben in der  
**C. Meeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg.**  
**Die elegante**  
**viersitzige Hanomag-Limousine**  
 sofort lieferbar durch Generalvertretung  
**Autohaus Klumpp, Baiersbronn, Tel. 33**  
 Bezirksvertretung zu vergeben, rasche Meldung erbeten.

Stuttgart, Reimath, rüch Reichstagsabge geworben ist, r der Zeitiger K Abgeordneter Blag auf der seit 1915 gewerbandes des Berlin, 6. Donnerstag an Sie waren nicht hatte einen die transmanträge den Reichstag Verlassen des empfangen wo von. Es ist in fideses Verleid schligt. Einfor Eabridenlich Deutschnational Reichstag gepa Erste Kundge Berlin, 6. heute die errie nationalen Hei lung war von Die überfüllte gruppenvertret worten stellte das vorläufige durch die von dangdaueram angelpredner glieder sprach einstimmig gei. Werden und tung schloß mi Reichspräsident dung des deut Berlin, 7. jidien „Krefled gegen das Reich vorstehende des des Montag 1 gansitionen u bekanntlich ein angehören, be nehmen. Diefes können, wenn das Reichsbau in einem soch transmanerbe Im übrigen ist sich zu einer „ der streng über der schie, ist d Selbst wenn i Bundesleitung gefallen sind, Reichsbanner Ernst Der Danz Beräpörung i Sage im Staat Verabschiedung laufender Ans auf dringliche Stellenbefun lich einjnhellen unlicher Art si Rom, 7. 2 hat von Wuff ienttag die Bünischen Gra on der Röglic rüstungskonfer hat damit vor würde. Paris, 7. 2 anfertete sich zur der Reparation unterzubringen London, 7. daß die Entsch icht in Paris genommen ode Robotifizern Paris, 6. 2 Lardieu im E lungen über di grund. Da es in Lardieu R